

Europäische Krise

Von Peter Bußjäger

Die Europäische Union behandelt die „Katalonien-Krise“ als inner-spanische Angelegenheit, in die sie sich grundsätzlich nicht einmischt. Diese Zurückhaltung muss man kritisch sehen, denn die Krise hat auch eine europäische Dimension. Es liegt nicht im Interesse der Union, wenn ein Mitgliedstaat wie Spanien seine politische Stabilität verliert. Von daher wäre eine aktive Rolle der Union als Vermittlerin angebracht. Sie wäre vielleicht auch von Erfolg gekrönt, weil vermutlich die Mehrheit der Katalanen gegenwärtig noch mit einer erweiterten Autonomie zufrieden wäre und viele Menschen im Rest Spaniens bereit wären, ihnen diese auch zu gewähren.

Freilich gibt es noch ein grundsätzlicheres Problem. Die teilweise im 19. Jahrhundert geformten Nationalstaaten verlieren nämlich zunehmend ihre ursprüngliche Funktion. In den letzten Jahrzehnten sind immer mehr klassische Aufgaben des Nationalstaates auf die Union übergegangen, etwa in der Wirtschafts-, Währungs- und Außenpolitik. In Katalonien, Schottland und Flandern ist eine große Zahl von Menschen der Meinung, dass ihre Region ein selbstständiges Mitglied der Union sein könnte. Die Existenz einer weiteren nationalen Ebene wird als überflüssig empfunden.

Dass diese Frage auf europäischer Ebene nicht diskutiert wird, ist ein Versäumnis. Man sieht, dass die Union noch immer von ihren 28, nach dem Brexit nur noch 27, Mitgliedern dominiert wird.



peter.bussjaeger@foederalismus.at

Peter Bußjäger ist Direktor des Instituts für Föderalismus.